



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 15. September 2021

4361. 2020/134

### Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 29.04.2020: Auflösung aller illegalen Demonstrationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2339/2020): Die Frage in dieser Abstimmung heisst nicht: Wollen Sie das Postulat annehmen, ja oder nein? Die Frage, die Sie sich stellen müssen, ist vielmehr: Sind Sie für oder gegen den Rechtsstaat? Wenn Sie für den Rechtsstaat sind, muss das für alle Bereiche gelten – egal ob jemand Steuergelder hinterzieht, eine Frau schlägt, falsch parkiert oder es zu sonst einer Ungerechtigkeit in diesem Staatswesen kommt. Wenn Sie aber finden, dass Steuerhinterziehung einen schlimmen Bruch mit dem Rechtsstaat darstellt, während Sie Gewalt von Linksradiakalen unproblematisch finden, dann sind Sie gegen den Rechtsstaat und müssen bei der Abstimmung Nein stimmen. Sind Sie aufrechte Bürger und akzeptieren die Regeln in unserem Staatswesen und sind der Meinung, dass die Regeln auch so, wie sie im Gesetz verankert sind, durchgesetzt werden müssen, dann stimmen Sie mit Ja. Es ist eine ganz einfache Frage: Sind Sie für oder gegen den Rechtsstaat?

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** Demonstrationen sind von der Verfassung und durch internationale Übereinkommen geschützt. Die Stadtpolizei toleriert Kundgebungen deshalb in Ausnahmefällen auch ohne Bewilligungen – namentlich dann, wenn die Demonstrationen friedlich verlaufen. Die Art und der Umfang der polizeilichen Intervention muss dem Prinzip der Verhältnismässigkeit folgen. Alle unbewilligten Demonstrationen mit Tränengas oder anderen polizeilichen Zwangsmitteln aufzulösen, wäre nicht verhältnismässig. Die Polizei muss abgestimmt auf die konkrete Situation handeln können, andernfalls wäre es nicht verhältnismässig. Der Vorstoss bezieht sich auf die Ereignisse des 7. und 8. März 2020 rund um den Frauentag. Kritisiert wurde unter anderem die positive Lautsprecherdurchsage der Polizei an die Demonstrantinnen. Als Vorsteherin des Sicherheitsdepartements trage ich die politische Verantwortung für die Stadtpolizei. Ich nehme aber keinen Einfluss auf die einzelnen Handlungen und Aussagen von einzelnen Mitarbeitenden. Die Stadtpolizei hat den Einsatz aber diskutiert und ihre Lehren daraus gezogen.

Weitere Wortmeldung:

**Peter Anderegg (EVP):** Das Postulat geht uns gegen den Strich. Im Begründungstext wird die Stadträtin auf übelste Art und Weise persönlich angegriffen. Dahinter können wir nicht stehen. Auch das Postulat selbst ist äusserst aggressiv und provokant formuliert.



*Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass illegale Demonstrationen illegal sind und aufgelöst werden sollten. Nichtsdestotrotz gilt auch das Prinzip der Verhältnismässigkeit. Es gibt Demonstrationen, bei denen es in keinem Verhältnis stehen würde, wenn man sie mit allen Mitteln auflösen würde. Ob eine illegale Demonstration aufgelöst wird, steht und fällt mit der Beurteilung der Verhältnismässigkeit durch das Kommando. Im Moment werden zwar mehr illegale Demonstrationen laufen gelassen, als wir gut finden. Aber die Forderung alle illegalen Demonstrationen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – also auch mit Tränengas – aufzulösen, ist nicht sinnvoll und nicht verhältnismässig.*

**Andreas Egli (FDP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir sprechen hier über ein weiteres Postulat der SVP mit einem Text, der total verunglückt ist. Alle illegalen Demonstrationen sollen laut Postulat sofort und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln – Tränengas wird im Text explizit genannt – aufgelöst werden. Ich stelle mir eine Grillparty auf meiner Terrasse vor, bei der wir anlässlich einer Demonstration, die wir nicht angemeldet haben, die «Free Zürich»-Fahne hiessen. Plötzlich würden Tränengaspetarden fliegen, weil wir die Fahnen trotz Aufforderung der Polizei, dies zu unterlassen, aufziehen würden. Diese Beispielsituation zeigt, wie medienorientiert das Postulat ist. Das Problem ist, dass der Kerngehalt des Postulats gar nicht falsch ist. Wir versuchen deshalb dem Postulat mit folgender Textänderung einen Sinn zu geben, den man vertreten kann: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie notorisch oder erwartbar Sach- und/oder Personenschäden verursachende oder den Verkehr in grösserem Ausmass behindernde illegale Demonstrationen frühzeitig aufgelöst werden können.» Damit kann, da wo erwartbar Schäden entstehen, präventiv eingegriffen werden und die Stadt wird aufgefordert, etwas aktiver zu werden und nicht alles zu tolerieren, was im eigenen politischen Spektrum auf der Strasse verbrochen wird, während Demonstranten auf der anderen politischen Seite gegängelt werden. Wir von der FDP stimmen dem Postulat ohne Textänderung nicht zu, noch bieten wir Hand für eine dauernde Überwachung des Verkehrs, damit «mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln» jegliche illegale Aktion unterbunden werden könnte. Das sehen wir nicht als zielführend. Es geht also nicht darum, ob man für oder gegen den Rechtsstaat ist, sondern um die Akzeptanz des Verhältnismässigkeitsprinzips im Rechtsstaat.*

**Samuel Balsiger (SVP)** ist mit der Textänderung einverstanden: *Das Wort verhältnismässig ist die Entschuldigung für das Abschieben von Verantwortung. Jedes Mal, wenn STR Karin Rykart ihre Verantwortung als gewählte Vorsteherin des Sicherheitsdepartements übernehmen müsste, ihr dazu aber der Mut fehlt, spricht sie von Verhältnismässigkeit. Was ist aber mit einem Autofahrer, der eine oder fünf Minuten nach Ablaufzeit der Parkuhr immer noch auf dem Parkplatz steht, weil er beim Bäcker in der Warteschlange stand? Kann der Autofahrer auch argumentieren, dass er es nicht verhältnismässig findet, wegen zwei Minuten eine Busse zu bekommen? Sie sehen wohin das führt. Mit der Haltung von STR Karin Rykart, den Rechtsstaat nicht durchsetzen zu wollen, löst sie den Rechtsstaat schlussendlich auf und gibt ihn der Lächerlichkeit preis. Viele Menschen in der Stadt fragen sich bereits, weshalb sie sich an die Regeln halten sollen, wenn die linken Chaoten unter dem Schutz der Stadtpräsidentin und des Stadtrats stehen und machen können, was sie wollen. Warum sollte ich mich dann an die Re-*



3 / 3

*geln halten? Stellt man sich diese Frage, hat man die Auflösung des Rechtsstaats erreicht. Das darf nicht sein und deshalb soll der Stadtrat schlicht und einfach den Rechtsstaat durchsetzen. Illegale Demonstrationen müssen demnach mit den Mitteln des Rechtsstaates aufgelöst werden. Das müsste eigentlich auch der gewählten STR Karin Rykart einleuchten. Selbstverständlich nehme ich einen konstruktiven Vorschlag und damit den Textänderungsantrag der FDP an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~ab sofort jede~~ notorisch oder erwartbar Sach- und/oder Personenschäden verursachende oder den Verkehr in grösserem Ausmass behindernde illegale Demonstrationen mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln frühzeitig aufgelöst werden kann können. Der Einsatz von Tränengas ist dabei ein legitimes Mittel.

Das geänderte Postulat wird mit 35 gegen 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat